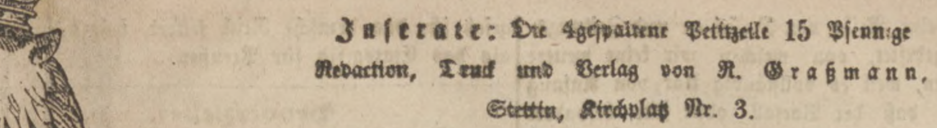
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 6. Februar 1879. Nr. 62.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 5. Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertisch: Handelsminister Maybach und 12 Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Deckung der erforderlichen Mehrkosten für den Bau der Bahnen von der Reichsgrenze bei Sierk über Trier und Coblenz unter fester Ueberbrückung des Rheins nach Oberlahnstein zum Anschluß an die Lahnbahn und von Godelheim resp. Ottbergen nach Northeim.

Die Budgetkommission beantragt, dem Gesetzentwurfe in der Fassung die Zustimmung zu ertheilen, daß die erforderlichen Mehrkosten bis zum Betrage von 7,500,000 M. und 469,000 M. aus den Mitteln entnommen werden, welche im Gesetze vom 11. Juni 1873 für den Bau einer Eisenbahn von Hannover nach Harburg bewilligt sind.

Nachdem der Referent Abg. Stengel den Antrag empfohlen, nimmt Abg. Windthorst-Meppen das Wort, um sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die für den Bau der Bahn Hannover-Harburg bewilligten Mittel jetzt anderweite Verwendung finden sollen. Er wolle dem Beschlusse der Budgetkommission nicht widersprechen, hätte aber gewünscht, daß der gewährte Eisenbahnkredit für Eisenbahnbauten der Provinz Hannover Verwendung gefunden hätte. Er bitte wenigstens, für die Entwickelung der Sekundärbahnen mehr als bisher zu sorgen.

Handelsminister Maybach: Ich für meinen Theil kann allerdings dem Bau einer Bahn von Hannover nach Harburg jetzt nicht das Wort reden und ich bin daher bereit, den Antrag der Budgetkommission beim Staatsministerium zu befürworten. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß ich dabei von der Voraussetzung ausgehe, es werde sich eine Möglichkeit finden, den Landestheilen, welche jetzt eine Täuschung erfahren, auf andere Weise Entschädigung zu gewähren.

Abg. Lauenstein acceptirt die letztere Erklärung des Ministers und unterstützt seinerseits die Forderung des Abg. Windthorst wegen Bewilligung von Mitteln zum Bau von Sekundärbahnen in der Provinz Hannover.

Abg. Lipke wünscht auch Berücksichtigung für Privat-Eisenbahngesellschaften, die Täuschungen erfahren.

Abg. Knebel will die flüssig werdenden Mittel nicht blos für die Provinz Hannover verwendet wissen. Er bittet, auch andere Provinzen zu berücksichtigen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Nierschabbehard wird die Diskussion geschlossen und der Gesetzentwurf in der veränderten Fassung genehmigt.

Es folgen II. Petitionen.

1) Abg. Frhr. v. Heereman berichtet Namens der Budgetkommission über die Petition des Magistrats zu Wiedenbrück wegen Verlegung der Steuerkasse von Rheda nach Gütersloh.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Huffar empfiehlt einen Antrag, der dahin geht, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Das Haus beschließt dem Antrage Huffar gemäß.

2) Die Petition der Bureaubeamten 2. Klasse am Polizeipräsidium zu Breslau um Vermehrung der Zahl der etatsmäßigen Bureaubeamtenstellen bei dieser Behörde von 14 auf 20, über welche Namens der Budgetkommission Abg. v. Zedlitz berichtet, wird dem Antrage der Kommission gemäß durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

3) Dasselbe geschieht auf den Antrag derselben Kommission mit der Petition des Magistrats der Stadt Herrnstadt wegen Aufhebung des Brückengeldes bei Herrnstadt.

4) Die Petition des Berliner Traber-Klubs wegen Gewährung einer Staatssubvention zu Trabzuchtrennen wird gleichfalls durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

5) Die im Staatseisenbahndienste stehenden Civilsupernumerare haben schon wiederholt über die Erlasse des Handelsministers vom 12. Dezember 1874 und vom 10. Juni 1875, welche ihre Anstellungs-Verhältnisse betreffen, Beschwerde geführt. Unterm 2. März 1877 hat denn auch das Haus der Abgeordneten unter Widerspruch der Staatsregung derselben die Petition dahin zur Berücksichtigung überwiesen, daß die vor dem Erlaß vom 12. Dezember 1874 in den Staatseisenbahndienst eingetretenen Civilsupernumerare alternirend mit den Militäranwärtern zur Anstellung gelangen. Gegenwärtig haben nur Civilsupernumerare der hannoverschen Staatsbahn die Petition mit der Bitte erneuert, dem erwähnten Beschlusse des Abgeordnetenhauses zur praktischen Durchführung zu verhelfen.

Die Kommission hat beschlossen, das Haus möge in der Erwartung, daß die Staatsregierung fortfahren wird, nach Möglichkeit die Herstellung des reinen Alternats zwischen Militäranwärtern und Civilsupernumeraren bei der Staatseisenbahnverwaltung zu beschleunigen, über die Petition zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Freiherr v. Heereman und Genossen beantragen dagegen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Abgg. Freiherr v. Heereman und Windthorst-Meppen befürworten dringend diesen letzteren Antrag, indem sie auf die Nothlage dieser Beamten, namentlich der der Provinz Hannover, hinweisen. Für die Berücksichtigung der Petition sprächen mindestens große Billigkeits-Rücksichten und es sei daher schwer erklärlich, daß die Kommission ihren früheren Standpunkt verlassen habe.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Rödenbeck erklärt, daß die Regierung an ihrer früheren Auffassung festhalten müsse. Ein Grund zur Beschwerde sei in keinem Falle vorhanden, indem den Beamten in bereitwilligster Weise Gelegenheit gegeben werde, durch Versetzung zu anderen Verwaltungen eine frühere etatsmäßige Anstellung zu erreichen.

Abg. Dr. Jacobi spricht für den Antrag der Kommission, während Abg. Freiherr v. Heereman nochmals seinen Antrag empfiehlt, der, wie er hervorhebt, nur dem Wunsche entsprungen sei, den nothleidenden Beamten die nothwendige Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Heereman und Gen. angenommen, womit der Antrag der Kommission beseitigt ist.

6) Aus den Provinzen Brandenburg und Pommern sind Petitionen von Fischerei-Besitzern eingegangen, die sich in Klagen über gestörten Erwerbsbetrieb in Folge des Fischereigesetzes ergeben. Sie beantragen eine Abänderung der betreffenden Bestimmungen dahin, daß ihnen wenigstens an drei Tagen jeder in die Schonzeit fallenden Woche die Benutzung der Aal-Wehre gestattet werden möchte.

Die Kommission beantragt, die Petition der Staatsregierung als Material für eine Revision der provinziellen Ausführungs-Verordnungen zum Fischereigesetz zu überweisen.

Die Abgg. Schumann, Dr. Cohn, Bromm halten für den Aal eine Schonzeit nicht erforderlich. Der Fang des Aales könne zu jeder Zeit freigegeben werden, denn es sei im hohen Grade zweifelhaft, ob die in das Meer zurückkehrenden Aale jemals wieder in die Flüsse zurückkehren.

Abg. Schumann beantragt daher: die Petition der Staatsregierung Behufs Abhülfe durch eine baldige Revision des Fischereigesetzes zu überweisen.

Der Antrag Schumann wird angenommen.

7) Die Gemeinde Rhumspringe in Hannover hat vom Königlichen Domänenfiskus ein Stück Ackerland gepachtet, welches der Fiskus jetzt zur Aufforstung bestimmt hat und deshalb nach abgelaufenem Pachtkontrakt die fernere Pachtung verweigert. Die Gemeinde bittet das Abgeordnetenhaus, dasselbe möge für eine Prolongation des Pachtkontraktes eintreten. Die Agrarkommission empfiehlt, die Petition der nochmaligen Berücksichtigung Seitens der Staatsregierung zu überweisen.

Von Seiten der Regierung wird die Unzweckmäßigkeit des Antrages betont, während die Abgg. Rüppel, Schmidt (Sagan) und Baurschmidt (Osterode, den Antrag unterstützen.

Das Haus nimmt den Antrag an.

V. Mündliche Berichte der Petitionskommission und der Budgetkommission über Petitionen.

1. Mündlicher Bericht der Kommission für Petitionen des Kreis-Ausschusses Gerdauen, betreffend Entbindung von der Verpflichtung, Grunderwerbskosten für die Thorn-Insterburger Bahn zu erstatten. Die Petitionskommission beantragt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß dem Kreise Gerdauen Zinsfreiheit für das bewilligte Darlehen bis zum Tage der erfolgten Betriebseröffnung der Thorn-Insterburger Eisenbahn gewährt werde.

2. Mündlicher Bericht der Kommission über die Petition des Magistrats zu Tilsit wegen Aufhebung der Stempelpflichtigkeit der Resolute in Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gehülfen und Lehrlingen.

Die Petitionskommission beantragt, die Petition der Staatsregierung als Material für Revision der Gesetzgebung zu überweisen.

Der Antrag wird ohne jede Diskussion angenommen.

3. Mündlicher Bericht der Budgetkommission über eine Petition von Steuerexekutoren in Rheinland und Westfalen auf festes Jahreseinkommen und etatsmäßige Stellen mit Pensionsberechtigung. Die Budgetkommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Der Magistrat zu Tilsit ersucht um Aufhebung der Stempelpflichtigkeit der Resolute in Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gehülfen und Lehrlingen.

Der Referent Abg. Dr. Schweineberg beantragt, die Petition der königlichen Staatsregierung als Material für Revision der Gesetzgebung zu überweisen.

Ohne Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Ueber eine Petition der Herren Hasse und Genossen, Subaltern- und Unterbeamten des Kreisgerichts Bielefeld, um Nachzahlung von Ortszulage pro 1872 — geht das Haus zur Tagesordnung über.

Die Rheinische Dynamitfabrik zu Opladen hat in der Nähe der Ortschaften Schulau, Spitzerdorf und Wedel einen Schuppen zur Dynamitlagerung errichtet. Dieser Schuppen, welcher mit 100—200 Ctr. Dynamit belegt werden soll, befindet sich 200 Meter von der Fahrstraße der Elbe, 500 Meter von Schulau, 1000 Meter von Spitzerdorf und 2 Kilometer von Wedel. Als Sicherung sind um diesen Schuppen Erdwälle aufgeführt von 3½ Meter Höhe, und sind diese Erdwälle mit zwei Blitzableitern versehen. Die Bewohner der Ortschaften Schulau, Spitzerdorf und Wedel erachten sich durch diese Anlage eines Dynamitlagers bedroht und halten die oben angeführten Sicherheits-Maßregeln für ungenügend.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Schütt dagegen, die Petition, soweit sie auf Beseitigung der Niederlage gerichtet ist, der königlichen Staatsregierung zur Abhülfe zu überweisen.

Von Seiten der Regierung, vertreten durch die Herren Geh. Rath Schönebeck und Professor Weber, wird geltend gemacht, der Antrag auf Abänderung der in Rede stehenden Vorschriften finde dadurch seine Erledigung, daß von dem Bundesrath die einheitliche Regelung des gesammten Verkehrs mit Sprengstoffen in Angriff genommen worden ist. Die von preußischer Seite aufgestellten Entwürfe liegen zur Zeit den Bundesraths-Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen vor. Da übrigens nach diesen Entwürfen die Versendung von Dynamit auf den Eisenbahnen zugelassen werden soll, so wird voraussichtlich binnen Kurzem das Dynamitlager in der Schulauer Gemarkung seine Bedeutung verlieren und damit für die Petenten jeder Grund zur Besorgniß hinwegfallen.

Abg. Dr. Burg: Die Regierung hat allerdings keine formellen Vorschriften verletzt, wie sie für die Aufbewahrung und den Transport explosibler Stoffe bestehen; freilich ist dabei zu beachten, daß man bisher spontane Explosionen von Dynamit noch nicht kennt. Aber es können doch nichtspontane Explosionen nur zu leicht durch das Rollen eines Fasses, einen unabsichtlichen Stoß rc. herbeigeführt werden. Es empfiehlt sich daher, im Wege der Gesetzgebung Bestimmungen zu erlassen, die die Gefahr einer Dynamit-Niederlage für die Umgebung beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Serlo: Die Gefahr einer Explosion sei gar nicht vorhanden (Oho! Widerspruch), wie Redner aus seiner langen Erfahrung im Bergbau bezeugen kann. Er würde mit Vergnügen hier auf der Tribüne eine Dynamitpatrone zerbrechen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Hausen glaubt, daß die Wünsche der Petenten billige Rücksichtnahme zu beanspruchen haben, die er der Regierung ans Herz legt. Jeder Staatsbürger habe das unveräußerliche Recht darauf, nicht in die Luft gesprengt zu werden. (Heiterkeit.) Als der Abg. Serlo vorhin drohte, auf der Tribüne dieses Saales eine Dynamitpatrone zu zerbrechen, machte sich doch einige Erregung kund (Heiterkeit), und ich glaube, das Hohe Haus würde nicht mit so großer Ruhe und Zufriedenheit hier tagen, wenn es wüßte, daß sich, wie in Schulau, auf 200 Meter eine Dynamitniederlage befände. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag der Kommission wird hierauf mit dem Antrage Schütt angenommen.

Es folgen Berichte der Unterrichtskommission über Petitionen, die ein prinzipielles Interesse nicht beanspruchen dürfen.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

Tagesordnung: Justizgesetze, Haubergsordnung, Etat.

Deutschland.

** Berlin, 5. Februar. Die gestern publizirte Aufhebung des Artikels V. des Prager Friedens wird heute von der „Prov.-Korr." mit erläuternden Bemerkungen begleitet. Es ist zu beachten, daß das halbamtliche Blatt nur die allgemeine Wichtigkeit des Vertrages hervorhebt, aber jede Hindeutung auf die neuerlichen Vorgänge in Kopenhagen unterläßt.

Die Mittheilung von der Rückkehr des Regierungs-Präsidenten von Bötticher nach Schleswig ist unbegründet. Derselbe hat der gestern abgehaltenen Sitzung der Zolltarif-Kommission beigewohnt. In dieser Sitzung haben die Referenten bereits einen Theil der Anträge vorgelegt, welche demnächst Gegenstand der Beschlüsse der Kommission sein werden.

Auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung des Bundesraths stehen an Vorlagen ein Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsular-Vertrag mit Hawaii und der Nachweis über die Erwerbs- und Herstellungskosten der Post- und Telegraphengebäude. Es folgen dann mündliche Berichte über Etatsvorlagen und Ausschußanträge, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer, den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln und die Gebührenordnung für Rechtsanwalte.

Die Bureau-, Kassen- und Kanzlei-Beamten bei den Regierungen und anderen Behörden rücken bisher lediglich nach Maßgabe der bei jeder einzelnen Behörde eintretenden Vakanzen im Gehalt auf. Da dies zu erheblichen Ungleichheiten in den Besoldungssätzen der im Dienstalter gleichstehenden Beamten gleicher Kategorien führen mußte, so ist zur Beseitigung dieses Uebelstandes neuerdings bestimmt worden, daß vom 1. April ab die genannten Beamten-Kategorien durch die ganze Monarchie nach dem Dienstalter im Gehalt aufrücken sollen.

In einem Erlaß des Handelsministers vom 16. Januar werden die königlichen Eisenbahn-Direktionen und Kommissionen ermächtigt, für die Ermittelung und Anzeige der Urheber von Freveln, durch welche die Sicherheit des Bahnbetriebs gefährdet wird, Belohnungen bis zur Höhe von 300 Mark auszusetzen und dem Denunzianten auszuzahlen, falls auf Grund der Anzeige die rechtskräftige Verurtheilung des Thäters erfolgt.

Die Erlaubniß zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung ist für die Linie von Kobbelbude nach Allenstein und von Allenstein nach Mohrungen der Direktion der Ostbahn zu Bromberg ertheilt worden.

Berlin, 5. Februar. Die „Nat.-Zeitung" schreibt:

An die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsminister Friedenthal und dem Abg. Las-

ker hat sich eine Reihe von Gerüchten und Zeitungsartikeln angeheftet, von welchen wir keine weitere Notiz nahmen, weil es vollständig klar von Anfang an erschien, daß der Vorfall ohne jede besondere Tragweite war. Offiziös wird jetzt gemeldet: „Alle Gerüchte, welche sich an die Differenz zwischen Staatsminister Dr. Friedenthal und Dr. Lasker anläßlich der neulichen Sitzung des Abgeordnetenhauses geknüpft haben, sind grundlos. Bei Ansicht des stenographischen Wortlauts der Aeußerungen des Ministers, wie gestern sie der „St.-Anz.“ brachte, überzeugt man sich, daß der Minister nicht daran gedacht hat, aus der Entscheidung über das Gesetz betreffend die Wassergenossenschaften eine Kabinetsfrage zu machen.“

Der freikonservative Abgeordnete Stengel hat gestern bei der dritten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften unter Hinweis auf die Lebhaftigkeit der Diskussion über die Paragraphen 59 u. folg. in zweiter Lesung bemerkt, daß er dazu beitragen wolle, einen Mißklang nicht weiter bestehen zu lassen, der dem ganzen Hause unerwünscht sei. Er glaube im Sinne der Mehrheit zu sprechen, auch im Sinne Derjenigen, welche die jetzige Fassung des Paragraphen angenommen haben, wenn er sage, jener Beschluß habe nicht den Sinn eines Tadelsvotums gegen den landwirthschaftlichen Minister, sondern es handle sich nur um eine sachliche Divergenz, die ausgetragen werden könne, wenn der Gesetzentwurf vom andern Hause vielleicht zurückkomme. Es handelte sich bekanntlich bei § 56 darum, ob der Provinzialrath über die Bestätigung des unter den Betheiligten vereinbarten Statuts entscheiden solle nach dem Amendement Lasker-Hänel oder der Oberpräsident nach dem Regierungsvorschlag. In gleicher Art war bei § 80 der Streit, ob der Oberpräsident allein oder der Provinzialrath über die Errichtung einer öffentlichen Genossenschaft gegen den Willen Einzelner und die Bestätigung des Statuts entscheide. Herr Lasker kritisirte gegenüber dem entschiedenen Widerspruch der Regierung gegen die Amendements die Abkehr der Regierung und des landwirthschaftlichen Ministers von dem System der Selbstverwaltung. Wir können jedoch bei genauester Durchsicht des stenographischen Berichtes irgend eine persönlich verletzende Bemerkung gegen den Minister in keiner Weise entdecken. Offenbar hat aber Herr Dr. Friedenthal eine solche Absicht unterstellt, es wäre sonst nicht begreiflich, wie er sich über Vorwürfe in bitteren Worten beklagte, die ihm überhaupt ausweislich des Berichtes nicht gemacht worden waren. Wir beruhigen uns daher bei dem Gedanken eines Mißverständnisses und halten den Abschluß für durchaus angemessen, welchen der Abg. Stengel gestern der Sache gab und dürfen damit die Angelegenheit als erledigt ansehen.

— Der von dem Abg. Rickert erstattete General-Bericht der Budget-Kommission liegt nunmehr vor. Die Kommission empfiehlt folgende Resolutionen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

I. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in Zukunft auf Ersparnisse bei den laufenden Ausgaben der Staats-Verwaltung, insbesondere durch Vereinfachung des Geschäftsganges und Verminderung der Zahl der Beamten Bedacht zu nehmen.

II. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von kostbaren, nicht unumgänglich nothwendigen Neubauten Abstand zu nehmen und bei den beschlossenen Bau-Ausführungen, insbesondere bei der Herstellung von Bahnhofs-Gebäuden, Dienstwohnungen u. s. w. jeden kostspieligen Luxus und jede über das Bedürfniß hinausgehende Anlage zu vermeiden.

III. Die königliche Staatsregierung aufzufordern: 1) vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen; 2) dagegen eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, in wie weit der Bau von lokalen Anschlußbahnen niederer Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirthschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohprodukten zu erleichtern; 3) dem Landtage in der nächsten Session eine Darlegung zu machen, in wie weit die Interessenten bei dem Bau solcher Lokalbahnen durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung beziehungsweise durch Staatsmittel unterstützt werden können.

IV. Zu erklären: Im Interesse einer geordneten Finanzwirthschaft ist es geboten: das Gesetz vom 25. Mai 1873, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer, dahin abzuändern, daß es ermöglicht wird, in dem Staatshaushaltsetat jährlich so viel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz zu bringen, als zur Deckung des jeweiligen Aufgabebedarfs erforderlich ist.

V. Zu erklären: Die im Interesse des deutschen Reiches und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs liegt nur dann im preußischen Staatsinteresse, wenn die volle Gewähr dafür gegeben wird, „daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrikularbeiträge unter den im Etat von 1879—80 vorgesehenen Satz, sei es durch direkte Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reiche, für Preußen disponibel werdende Betrag, insoweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landes-Vertretung im Etat eine anderweitige Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und klassifizirten Einkommen-Steuer verwendet werde.“

VI. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß in Zukunft das Etatsgesetz für das deutsche Reich früher festgestellt wird, als das Etatsgesetz für Preußen.

Provinzielles.

Stettin, 6. Februar. Für den Kongreß deutscher Landwirthe sind der 24. und 25. Februar als die diesjährigen Versammlungstage und Berlin wieder als Versammlungsort bestimmt worden. Als erster Gegenstand der Tagesordnung ist „die Stellung der Landwirthschaft zu den wirthschaftlichen Reformplänen des Fürsten Reichskanzlers“ in Aussicht genommen; Punkt 2 wird die „Wucher- und Wechselfrage“ und Punkt 3 die Frage der „Schafpockenimpfung“ sein

— 500 Mark Belohnung sichert die betheiligte Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Demjenigen zu, welcher den Brandstifter, der in der Nacht zum 29. November 1878 Scheune und Stall des Schmiedemeisters **Weyer** in **Bargischow** in Brand gesteckt hat, so zur Anzeige bringt, daß dessen gerichtliche Bestrafung erfolgt. In Folge dessen ersucht der Herr Staatsanwalt zu Anclam Jeden, der über die Entstehung des Brandes Auskunft geben kann, ihm Mittheilung zu machen.

— Gestern Morgen wurde die Leiche eines wohl zu früh geborenen Kindes uneingewickelt auf dem Jacobikirchhof im Schnee liegend gefunden. Die Mutter ist nicht ermittelt.

— Am 4 Februar trat in der Neustadt eine Frauensperson zu dem Milchhändler Schild mit der Frage, ob seine Frau zu Hause sei; als er dies bejahte, ging dieselbe nach dessen in Grabow gelegenen Wohnung, wo sie nur das Dienstmädchen der Schild antraf, von welcher sie sich ein Stück Butter geben ließ, angeblich für einen Schiffskapitän in Bredow, bei dem sie in Dienst stehen wollte und welcher auch Zahlung leisten würde; zu gleicher Zeit bat sie um ein Darlehn von 1 Mark, welches sie auch erhielt. Während sie sodann das Dienstmädchen in ein anderes Zimmer schickte, entfernte sie sich unter Mitnahme eines Portemonnaie's mit 3 M., welches in der Küche lag. Gestern Vormittag traf Schild die Person auf dem Wochenmarkte, er stellte dieselbe zur Rede und dieselbe gestand sofort die Veruntreuungen ein, sie nannte sich Emilie **Felgentreu** aus Finkenwalde, doch Leute aus Finkenwalde, bei welchen Erkundigungen eingezogen wurden, wollen weder die Person, noch deren Eltern kennen.

— Gestohlen wurden der Frau des Weichenstellers Hartmann auf dem gestrigen Wochenmarkte eine Muffe im Werthe von M. 7,50, ferner in der Zeit vom 14. bis Ende v. M. aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Kronprinzenstraße 3 ein ganz neues weiß und roth gestreiftes Unterbett, gez. J. K. Dasselbe war in eine blau und weiß gestreifte Emballage eingenäht, welche mit der Aufschrift „Fräul. Ida Kühl, Roßmarkt Nr. in Stettin“ versehen war.

Gollnow, 5. Februar. Am Montag früh gerieth in der Waaren-Remise des Kaufmanns **Löffin** ein Faß Petroleum in Brand, in Folge dessen nicht nur die Remise, sondern auch das daneben liegende Wohnzimmer des Löffin, in welchem sich Möbel, Kleider 2c. befanden, vollständig ausbrannten; die Waaren im Laden waren durch den Rauch und die Hitze meist verdorben. Durch die Thätigkeit der Löschmannschaften blieb das Feuer auf die beiden ausgebrannten Räume beschränkt. — Am Dienstag früh wurden die Bewohner Gollnows abermals durch Feuerlärm erschreckt. Ein zum Hotel Mampe gehöriges Stallgebäude, in welchem Torf, Stroh und andere Futtervorräthe sich befanden, stand in Flammen. Da das Feuer hier viel Nahrung fand, machte es der Feuerwehr viel Mühe, des Feuers Herr zu werden und die Nebengebäude zu retten. — Ueber die Entstehung des Feuers in beiden Fällen ist bis jetzt nichts bekannt.

†† **Pollnow**, 3. Februar. Kürzlich wurde aus dem Kreise Rummelsburg in dieser Zeitung darauf hingewiesen, daß in genanntem Kreise besonders auch der kleinere Landwirth in dieser schlechten Zeit mit Sorgen zu kämpfen habe. Dies gilt leider auch von den kleineren Landwirthen in hiesiger Umgegend. Der Ertrag der vorjährigen Ernte — wenn auch an Futter reichlich — ist in Bezug der Körner kaum mittelmäßig. Man hat Fälle, wo die Stiege Roggen kaum 20 Liter Körner brachte. Dazu kommen noch die schlechten Preise und die geringe Kauflust. Der Bauer, der nie große Geschäfte abmachen kann, bringt sein Korn an den Wochenmärkten zum Verkauf, muß es aber sehr oft wieder mit nach Hause nehmen. Aus fettem Vieh ist die Einnahme bei den niedrigen Preisen auch nicht verlockend. Da aber viele Landwirthe Geld schaffen müssen, so gerathen sie nicht selten den Halsabschneidern in die Krallen und man hört dann oft die lakonische Redensart: „N. N. ist auch fertig!“ Das Unglück soll der beste Leim sein. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die kleineren Landwirthe Vereine bildeten, wie man sie z. B. in Westphalen findet. Das Vereinsleben unter den Herren Landwirthen liegt freilich in hiesiger Umgegend noch sehr im Argen. Die größeren Grundbesitzer kommen freilich öfter zusammen, um durch Austausch der gemachten Erfahrungen sich zu bereichern, aber von der Bildung eines Vereins hat man vorläufig noch Abstand genommen. Der kleine Landwirth aber steht gewöhnlich diesen Versammlungen fern. Es wäre gewiß eine edle That, wenn ein Mann, der Zeit und Kenntnisse hat, mit Bildung eines solchen Vereins anfinge. Mancher kleine Landwirth, der heute noch nach dem alten Schlendrian seine Wirthschaft bestellt, würde in Folge der Belehrungen besser seinen Acker bestellen und dann auch ganz andere Erträge aufweisen können. Bessere Bewirthschaftung des Ackers, bestlohnende Verwerthung der Erzeugnisse und Züchtung guten Nutz- und Zugviehes ließe sich in solchen Vereinen viel leichter anstreben. Der Einwand, daß unser Bauer für Vereinsleben keinen Sinn hat, ist nicht zutreffend. Obgleich er mit Mißtrauen jede Neuerung betrachtet, eignet er sie sich doch sofort an, wenn ihr Nutzen ihm einleuchtet. Sagte doch neulich ein kleiner Eigenthümer über die neuere Bienenzucht in Kasten: „Es geht doch nichts über die Kastenzucht. Da habe ich aus einem Kasten für 27 M. Honig verkauft und er ist noch standrecht.“

Grimmen, 4. Februar. (Str. Ztg.) Die am 1. und 2. d. M. im Saale des Hotelbesitzers Bentzien stattgefundene Geflügel-Ausstellung des hiesigen ornithologischen Vereins war mit circa 40 Stamm Hühnern, einigen 20 Paar Tauben, 4 Stamm Enten, einer Kollektion einheimischer Waldvögel, und von den Herren Bader und Meyer mit einer Anzahl selbstgezüchteter recht schöner Kanarienvögel beschickt. Zieht man in Betracht, daß die Ausstellung nur von Vereinsmitgliedern beschickt werden durfte, so kann das Resultat der Ausstellung als ein zufriedenstellendes bezeichnet werden. Die Ausstellung war an beiden Tagen von einer nicht unerheblichen Anzahl Personen besucht, und selbst aus den Nachbarstädten Stralsund und Demmin waren einige Liebhaber der Geflügelzucht erschienen. — Die Ausstellung hat den Erfolg gehabt, daß während derselben mehrfache Anmeldungen um Aufnahme in den Verein gemacht worden sind

Stadt-Theater.

Neu einstudirt: „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg“. Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Durch die gerechten Triumphe, welche das Schauspiel in letzter Zeit zu verzeichnen hatte, mußte die Oper wider Willen etwas von ihrer bisher siegreich behaupteten Herrschaft einbüßen. Wir denken aber, daß sie dies nicht unwillig gethan hat, zumal es galt, die unschuldig befleckte Ehre ihrer Schwester, der Schauspielkunst, zu rehabilitiren. Man wird sich durch die jüngsten mustergiltigen dramatischen Aufführungen jetzt wohl allgemein die Ueberzeugung verschafft haben, daß die Leistungen unserer rhetorischen Künstler nicht den Tadel verdienen, den gewissenlose Schwätzer absichtsvoll dem Publikum mit Drommeten und Posaunen ins Ohr zu blasen bemüht waren und leider auch hie und da mit Erfolg signalisirt haben. Die Oper hatte dagegen von vornherein unter den günstigsten Auspicien ihren Einzug gehalten und sich den ihr gebührenden hohen Ruf bis heute zu wahren gewußt Um so befremdlicher erscheint es, nach mehrmaliger Opernpause die bedeutende und hier so beliebte Wagnersche Tondichtung „Tannhäuser“ nur vor höchst spärlich besuchtem Hause in Scene gehen zu sehen. Wenn wir den schlechten Besuch auch nicht zu rechtfertigen vermögen, so bedauern wir ihn doch um so mehr, als die gestrige Aufführung nach jeder Seite hin lobenswerth verlief. Sehen wir von einigen unbedeutenden Fehlern der Regie in den Arrangements, wie den sich anfänglich stark bemerkbar machenden Ungenauigkeiten des Pilgerchors ab, so läßt sich über die Vorstellung nur Günstiges referiren. Die Titelpartie fand in Herrn **Grußendorf** einen ziemlich zusagenden Vertreter, der sich sichtlich bemühte, seiner Aufgabe gesanglich wie dramatisch gerecht zu werden. Besonders gut gelang ihm dies im ersten Akt beim Vortrag der schönen Arie: „Dir töne Lob“ und bei der Erzählung des dritten Aktes. Eine vorzügliche Leistung bot uns Frl. **Rahé** in der Darstellung der Elisabeth Mit bekannter Meisterschaft wußte die geschätzte Künstlerin in den Geist der Rolle einzudringen und wieder alle großen Vorzüge zu entfalten, die wir nur erst kürzlich an ihr zu rühmen hatten. Ihr wohllautes, ergiebiges, in allen Tonlagen reines und edles Organ, ihr treffliches, durchdachtes Spiel erregte denn auch schon nach der Eingangsscene allgemeines Interesse und erntete den reich verdienten, aufrichtigen Beifall. In der Rolle des Wolfram hatte Herr **von Bongardt** Gelegenheit, seine schönen, vollen Stimmmittel entfalten zu können. Er benutzte dieselbe und erhob seine Leistung dadurch zu einer durchweg zusagenden und abgerundeten. Der innige Vortrag der schmeichelnden Arie: „O Du mein holder Abendstern“ verfehlte denn auch nicht, tiefen Eindruck zu machen. Frl. **Ernst** zeigte sich nach längerer, wie wir hören, durch Krankheit hervorgerufenen Pause, wieder unseren Blicken und freuen wir uns, daß die junge, bescheidene Sängerin an ihrer Stimme keine Einbuße erlitten hat, dieselbe erschien uns vielmehr noch frischer und gekräftigter und zeigte sich der anstrengenden Aufgabe als „Venus“ durchaus gewachsen. Herr **Ruffeni** sang den „Landgraf“ zu gewohnter Zufriedenheit, ebenso legte Herr **Geist** als „Walther von der Vogelweide“ erneutes Zeugniß seines wohlklingenden lyrischen Tenors ab. Frl. **Baldamus** war ein recht netter Hirtenknabe, indeß hätten wir ihrer kleinen Rolle mehr Sicherheit gewünscht. „Biterolf“ fand in Herrn **Krieg** die geeignetste Vertretung. Unter der geschickten Leitung des strebsamen Kapellmeisters Herrn **Kriebel** hatte sich die wundervolle Ouvertüre von Seiten des Orchesters einer klaren, präzisen Ausführung zu erfreuen. Den wohl in Aussicht stehenden Reprisen der herrlichen Oper wünschen wir aufrichtigst vollere Häuser.

— s —

Vermischtes.

— „Ach, wir Armen!“ Im Hotel des großbritannischen Generalkonsuls, Geh. Kommerzienraths von Bleichröder, fand am Montag Nachmittag ein großes Diner von 50 Gedecken statt. Die Tafel war in dem prachtvollen Speisesaal des neuen Anbaues hergerichtet und reich mit dem goldenen und silbernen Familienschatz des v. Bleichröder'schen Hauses gedeckt. Der erste Gang wurde auf Gold, die folgenden Gänge auf Silber servirt. Jedes Kouvert schmückte ein elegantes Blumenbouquet und ein Menu mit dem Bleichröder'schen Wappen. Hinter jedem Gaste stand ein Lakai in der Livree des Hauses zur unmittelbaren Bedienung, während außerdem noch ein ganzes Heer von Dienern mit dem Serviren beschäftigt war.

— Ein hübsches Wort von dem neuen Polizeipräfekten Gigot wird jetzt in Paris kolportirt. Der Marschall stellte an diesen, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß seine Demission in Paris eine tiefe Bewegung und vielleicht noch Schlimmeres hervorrufen werde, die erregte Frage, ob alle Maßregeln für den öffentlichen Verkehr und für die öffentliche Ordnung getroffen seien, worauf Herr Gigot lakonisch erwiderte: „Dank dem Eifer der Bediensteten wird der Schnee bis zu diesem Abend vollkommen beseitigt und der Verkehr wieder gesichert sein!“

— Der kleine Alphons feiert seinen sechsten Geburtstag. Zu Ehren dieses Ereignisses veranstaltet die Mama dem angehenden Schüler ein Fest, zu dem die Freunde des Hauses sich zahlreich einfinden. Schmucke Dienstmädchen präsentiren den Herrschaften Thee und Kuchen als Einleitung zum später folgenden Souper. Einer älteren Dame bietet die Hausfrau eben wieder die Torte an. „Ich danke wirklich; ganz unmöglich, ich weiß nicht, wie viel ich schon genommen habe“. — Der kleine Alphons aber springt vergnügt von seinem Stuhle auf und schreit; „Ich weiß es, ich habe sie gezählt, 9 Stück!“

— (Ein braver Freund) Es steht Einer des Nachts auf und läuft athemlos zu einem Bekannten. „Ich habe eben einen entsetzlichen Traum gehabt! Mir träumte, Du seiest ruinirt. Aus Schreck erwachte ich, und noch ganz unter dem Eindruck des Traumes stürzte ich an mein Pult, um Geld herauszunehmen und Dir Alles zu bringen.“ — „Wie gut Du bist!“ sagt der Bekannte gerührt. „Aber“, fährt der Erstere fort, „denke Dir, ich habe in meinem Pult keinen Pfennig gefunden. Kannst Du mir vielleicht hundert Thaler geben?“

— In Japan sind Kohlen in hinreichenden Quantitäten von Geologen entdeckt worden, um für die nächsten tausend Jahre ein eben so großes Quantum zu fördern, als Großbrittannien gegenwärtig liefert; die Regierung Japans hat in Folge dessen ein Darlehen von 1,500,000 D bewilligt, um mit Ausbeutung dieser Kohlenfelder zu beginnen.

Telegraphische Depeschen.

Minden, 5. Februar. Bei der Entgleisung des Köln-Mindener Kourierzuges unweit der Station Porta in der letzten Nacht wurde nur der Zugführer anscheinend schwer verletzt. Ein Postsekretär, zwei Postschaffner und mehrere Passagiere erlitten leichte Verletzungen.

Dresden, 5. Februar. Dem „Dresdener Journal“ wird aus Wien gemeldet, das neue Kabinet, dessen Bildung Graf Taaffe übernommen hat, werde kein Beamten-Ministerium, sondern ein parlamentarisches Ministerium sein, in welches zwei bis drei Mitglieder des jetzigen Kabinets übertreten würden.

Wien, 5. Februar. Die „Pol. Korresp.“ meldet:

Aus Skutari von heute: Vorgestern ist in Virbazar von den türkischen und montenegrinischen Bevollmächtigten ein Protokoll unterzeichnet, nach welchem Spuz am 7. d. Mts. und Podgoritza am 8. d. Mts. definitiv an Montenegro übergeben werden sollen.

Aus Konstantinopel: Die russischen Truppen-Konzentrirungen bei Adrianopel sind auf Vorbereitungen zur Räumung zurückzuführen. Die Nachricht von der Befestigung Adrianopels bestätigt sich nicht, dagegen werden die Befestigungen des Schipkapasses von russischer Seite fortgesetzt.

Aus Bukarest: Wie verlautet, sei Rumänien entschlossen, in der Frage betreffend die Räumung des Forts Arabtabia sich nur dem Willen Europas zu fügen und es auf einen etwaigen Gewaltakt von russischer Seite ankommen zu lassen.

Wien, 5. Februar. Die „Wiener Abendpost“ reproduzirt die Publikation des „Deutschen Reichsanzeigers“ betreffend die Aufhebung des Artikels V. des Prager Friedens und fügt hinzu, daß das Datum des betreffenden Staatsvertrages, der 11. Oktober 1878, insofern beachtenswerth erscheint, als es an sich schon gewisse Versionen zu entkräften scheint, welche über den äußeren Anlaß dieser neuen Vereinbarung aufgestellt wurden.

Rom, 5. Februar. Der König und die Königin erschienen gestern Abend auf dem Balle in der deutschen Botschaft.

Elvas, 5. Februar. Der König von Spanien ist heute Vormittag 10 Uhr hier eingetroffen und von dem Könige von Portugal auf dem Bahnhofe empfangen worden.

Kopenhagen, 5. Februar. Der Transport über das Eis zwischen Seeland und Fünen, sowie zwischen Seeland und Falster dauert fort. Der Sund ist mit Eis bedeckt, nur die Dampfschifffahrt von Helsingör nach Helsingborg ist im Betriebe. Das Kattegat ist voll Eis.

Petersburg, 5. Februar. Der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin ist mit seiner Gemahlin heute Vormittag um 11 Uhr nach Schwerin abgereist.

Petersburg, 5. Februar. Wie verlautet, würde der hiesige englische Botschafter, Lord Loftus, demnächst seinen Posten verlassen und durch den ehemaligen General-Gouverneur von Kanada, Lord Dufferin, ersetzt werden.